



Beschlussempfehlung

—

Ausschuss für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung

Medizinische Versorgung auf dem Land sicherstellen: Konzept des intersektoralen Gesundheitszentrums endlich umsetzen und übertragen

Antrag Fraktion AfD - **Drs. 8/610**

Alternativantrag Fraktion DIE LINKE - **Drs. 8/649**

Alternativantrag Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - **Drs. 8/658**

Berichterstattung: Mitglied des Landtages Dr. Heide Richter-Airijoki

Der Ausschuss empfiehlt dem Landtag den genannten Antrag in folgender Fassung anzunehmen:

„Modell des intersektoralen Gesundheitszentrums zur Sicherstellung der Gesundheitsversorgung stufenweise umsetzen

1. Der Landtag stellt fest, dass Sachsen-Anhalt über eine moderne Krankenhauslandschaft verfügt, die ihre Leistungs- und Anpassungsfähigkeit in den letzten Jahren immer wieder unter Beweis gestellt hat.
2. Der Landtag stellt fest, dass sich unser Gesundheitssystem vielen Herausforderungen gegenüber sieht, u. a. die Fachkräfteentwicklung, den demografischen Wandel, die Weiterentwicklung der Krankenhausfinanzierung, technologische Entwicklungen und die Digitalisierung im Gesundheitswesen. Ziel aller Akteure ist weiterhin eine flächendeckende Gesundheitsversorgung und leistungsfähige sowie bedarfsgerechte Krankenhauslandschaft.

3. Der Landtag betont, dass sich die Gesundheitsversorgung in einem Veränderungsprozess befindet. Bund und Land haben notwendige Reformprozesse angestoßen, u. a. werden derzeit im Bund Vorschläge durch eine Expertenkommission als auch im Land ein Gutachten zur Krankenhauslandschaft und Krankenhausfinanzierung erarbeitet.
4. Der Landtag betont, dass besonders in ländlichen Regionen des Landes zur Sicherung der ambulanten und stationären medizinischen Daseinsvorsorge sektorenübergreifende Versorgungsstrukturen und interdisziplinär sowie multiprofessionell arbeitende Teams aufzubauen sind. Der Landtag betont, dass die intersektorale Gesundheitsversorgung in Zukunft noch mehr an Bedeutung gewinnen wird.
5. Der Landtag begrüßt das Engagement des Landes und der Salus Altmark gGmbH (SAH), die ein dreistufiges aufeinander aufbauendes Konzept für die medizinische Versorgung in Havelberg erarbeitet hat. Das Modellvorhaben wird derzeit nach und nach umgesetzt. Der Landtag bittet alle Akteure vor Ort ihre bisherigen intensiven Bemühungen zur Gewinnung von Fachpersonal weiter fortzusetzen.
6. Der Landtag bittet die Landesregierung und die Salus gGmbH, bis zum Ende des I. Quartals 2023 im Ausschuss für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung über die Umsetzung der bisher erreichten Schritte im Konzept der Salus gGmbH zur Sicherung der medizinischen Versorgung der Region Havelberg zu berichten und einen Ausblick für die weitere Umsetzung im Kalenderjahr 2023 zu geben.
7. Der Landtag bittet die beteiligten Akteure zu prüfen, inwiefern bei der Suche für das entsprechende ärztliche und medizinische Fachpersonal weitere personenbezogene Anreizsysteme geschaffen werden können, beispielsweise Hilfestellung bei der Wohnort- und Arbeitsplatzsuche.
8. Der Landtag bittet im Rahmen der Etablierung und Erprobung dieses Modellprojekts zu prüfen, inwiefern Erkenntnisse über Strukturen für weitere geeignete Regionen des Landes übernommen werden könnten.
9. Der Landtag bittet das Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung in Genthin zur Errichtung eines intersektoralen Gesundheitszentrums fachliche Beratung zur Verfügung zu stellen.“

Abstimmungsergebnis: 7 : 3 : 3

Ulrich Siegmund
Ausschussvorsitz